

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 60. Jahrgang · Heft 20/2015

Aufsätze

RA FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt, LL.M. (Yale) /
RA Dr. Johannes Cziupka

Existenzgefährdende Weisungen im Vertragskonzern: Prognosepflichten und Haftungsgefahren für den Vorstand der abhängigen Gesellschaft

Die Figur der existenzgefährdenden Weisung im Vertragskonzern, deren Umsetzung die Lebensfähigkeit der abhängigen Gesellschaft ernsthaft gefährdet, ist noch nicht klar konturiert. Welcher Prognosezeitraum dabei während des Bestehens des Beherrschungsvertrages maßgebend ist, um zuverlässige und justiziable Aussagen über die existenzgefährdenden Auswirkungen einer Weisungsumsetzung treffen und damit zugleich klare Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerns schaffen zu können, ist bislang unerörtert geblieben. Der Beitrag versucht zur Begriffsschärfung der Weisungsgrenze der „Existenzgefährdung“ vor allem in zeitlicher Hinsicht beizutragen. Zugleich zeigt er auf, welche Handlungspflichten Vorstandsmitglieder einer abhängigen Gesellschaft treffen, wenn diese eine potentiell existenzgefährdende Weisung erhalten.

721

Wiss. Mit. Dr. Rafael Harnos

Protokollierung der Hauptversammlungs- beschlüsse in der kleinen Aktiengesellschaft

Es passiert selten, dass der BGH einer seit Jahren verfestigten herrschenden Meinung in der Kommentarliteratur widerspricht. Im Mai 2015 hat er zu einer Frage Stellung genommen, auf die das aktienrechtliche Schrifttum eine fast einhellige Antwort wusste: Kann ein Hauptversammlungsprotokoll einer kleinen AG in einen notariellen und privatschriftlichen Teil aufgespalten werden? Während die meisten Autoren diese Frage verneinen, hat der II. Zivilsenat mit einer Entscheidung, die für die amtliche Sammlung des BGH vorgesehen ist, ein Lehrstück juristischer Methodenlehre vorgelegt, in dem er die Deregulierungsbestrebungen des Gesetzgebers zur Geltung gebracht und eine gespaltene Hauptversammlungsniederschrift zugelassen hat. Mit Blick auf diese Entwicklung beleuchtet der Beitrag die Anforderungen an die Protokollierung der Hauptversammlungsbeschlüsse in der kleinen AG.

732

RA Dr. Felix Gaul

Cooling-off nach § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG – Streit ohne Ende?

Die seit jeher umstrittene Cooling-off-Regelung in § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG, die für den Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat grundsätzlich eine zweijährige Abkühlungsphase vorsieht, ist anlässlich der im Mai 2015 erfolgten Wahl des bisherigen Vorstandsvorsitzenden der BMW Group, Norbert Reithofer, an die Aufsichtsratsspitze wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Im Vorfeld der Abstimmung gab es Anzeichen für einen Aufstand institutioneller Investoren, nachdem einflussreiche Stimmrechtsberater zur Torpedierung der Wahl aufgerufen hatten. Der unmittelbare Wechsel Reithofers an die Aufsichtsratsspitze stehe im Widerspruch zu ihren Corporate Governance-Standards, wonach eine Abkühlungsphase unabdingbar sei. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag die bestehende Cooling-off-Regelung kritisch, bevor in einem zweiten Schritt Vorschläge für eine Reform des § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG de lege ferenda entwickelt werden.

742

Rechtsprechung

Verluste aus Aktiengeschäften

BFH v. 12.5.2015 – IX R 57/13

751

Wirksamkeit einer Re-Investitionsvereinbarung über Aktien

OLG Brandenburg v. 21.4.2015 – 6 U 189/12

752

Ausschluss von Aktionären, Freigabeverfahren

OLG München v. 26.3.2015 – 23 AktG 1/15

756

Buchbesprechungen

Marcus Lutter / Walter Bayer (Hrsg.)

Holding-Handbuch

(Prof. Dr. Jens Koch)

759

Martin Weimann

Spruchverfahren nach Squeeze-out

(Prof. Dr. Olaf Ehrhardt / Prof. Dr. Eric Nowak)

760

Impressum

R 304

